

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 31. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**

vom: **10.04.2002**  
von: **15:00 Uhr**  
bis: **16:43 Uhr**  
Ort: **Rathaus Siegen, Ratssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Haupt- und Finanzausschuss

Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm - als Vorsitzender bis TOP 5.1  
BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender ab TOP 6  
Stv Boller, Joachim  
Stv Dreisbach, Jürgen  
Stv Elter, Uwe  
Stv Fries, Traute  
Stv Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Köhl, Siegfried  
Stv Moll, Ilona  
Stv Mues, Steffen - für Stv Mues, Gunter  
Stv Otto, Günter - für Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Stv Panthöfer, Ulrich - für Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Schulte, Werner  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

##### II. Beratende Mitglieder:

Stv Walter, Klaus-Volker

##### III. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Könsgen, Karl-Heinz

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VD Kühn  
Städt. VD lehmann  
Städt. VR Dorsch  
VA Schneider  
StAR Opitz  
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz  
Stv Mues, Gunter  
Stv Schiemer, Hansgeorg

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Otto bestimmt.

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

#### **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

#### **5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW**

##### **5.1. Verwendung von Recyclingpapier bei der Stadtverwaltung Siegen - Anregung gem. § 24 GO NW der Greenpeacegruppe Siegen vom 28.02.2002**

Vorlagenr. 1853/2002 - Vorlage vom 27.03.2002

dazu: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.04.2002

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt die Auffassung, so Herr Boller, dass der Einsatz von Recycling-Papier konsequenter vorangetrieben werden könnte. Beispielsweise findet die Dienstanweisung für umweltfreundliche Beschaffungen zu wenig Berücksichtigung. Nicht nachvollziehbar ist auch, aus welchem Grund Recycling-Papier nicht auf allen technischen Geräten eingesetzt werden kann, wenn dies anderen Orten möglich ist. Die Verwaltung sollte - auch unter pädagogischen Gesichtspunkten - darüber hinaus die Schulen dafür sensibilisieren, entsprechendes Material bei Schulheften und Zeichenblocks einzusetzen.

Herr Baumeister macht deutlich, dass verwaltungsseitig sehr wohl auf den Einsatz umweltschonender Büromaterialien geachtet wird. Der genannte Anteil von 60 % Recycling-Papier sollte als Ziel für 2002 und eine weitere Steigerung in den folgenden Jahren angestrebt werden, sofern der Einsatz technisch und wirtschaftlich vertretbar ist. Die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeführte Einwirkung auf Dritte ist aus rechtlichen Gründen nicht in dem gewünschten Maße möglich. Er schlägt eine Ergänzung des Beschlusses dahingehend vor, dass der Bürgermeister einen entsprechenden Appell an die KEG, SVB und Sparkasse richtet.

Herr Lehmann ergänzt, dass neben der Verwendung von Recycling-Papier insbesondere Wert auf den Einsatz umweltfreundlicher Reinigungsmittel gelegt wird. Die Umstellung der Kopierer und Drucker ist nicht ohne weiteres möglich, da z. T. noch ältere Modelle im Einsatz sind. In Zusammenhang mit den teilweise in 2003 auslaufenden Leasing-Verträgen wird geprüft werden, wie dem Anliegen der Antragsteller diesbezüglich Rechnung getragen werden kann.

Herr Rothenpieler und Frau Fries sprechen sich dafür aus, dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen mit der Zielsetzung, den Einsatz von Recycling-Papier zu optimieren. Der Antrag der GRÜNEN sollte als Empfehlung an den Bürgermeister angesehen werden, die weiteren Punkte aufzugreifen.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Verwendung von Recyclingpapier in der Stadtverwaltung Siegen kontinuierlich zu steigern. Zu diesem Zwecke wird die Verwaltung beauftragt:

1. Den Anteil von Recyclingpapier bereits im Jahr 2002 von bisher 40% auf 60% zu erhöhen.
2. In der Folgezeit ist der Anteil von Recyclingpapier kontinuierlich zu steigern, soweit die Verwendung im Betrieb der PC-Drucker und Kopierer dies ermöglicht.
3. Die Verwendung von Frischfaserpapieren nur für repräsentative Schriftsätze und im Übrigen nur für solche Zwecke zu beschränken, bei denen aus technischen Gründen kein oder nur begrenzt Recyclingpapier eingesetzt werden kann.
4. Der Bürgermeister wird an die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen (KEG) sowie an die Städtischen Beteiligungen SVB, GSS und Sparkasse Siegen appellieren, den Anteil von Recyclingpapier kontinuierlich zu steigern.
5. Der Haupt- und Finanzausschuss erklärt die Anregung damit für erledigt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung**

**6. Jugendleiter-/Jugendleiterinnen-Card (JuLeiCa)  
Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit**

Vorlagenr. 1815/2002 - Vorlage vom 28.02.2002

Bezug nehmend auf den letzten Satz des Beschlussvorschlages merkt Herr Boller an, dass theoretisch durchaus weitere Vergünstigungen gewährt werden könnten. Seine Fraktion wird dem Vorschlag wie vorgelegt zustimmen, hält es aber ungeachtet dessen für angebracht darüber nachzudenken, wie mit den anderen ehrenamtlich Tätigen verfahren werden kann.

Herr Walter sieht eine Ungleichbehandlung zwischen den Inhaberinnen und Inhabern der JuLeiCa und den in anderen Bereichen ehrenamtlich Tätigen. Eine Förderung dieser Gruppen ist unter finanziellen Gesichtspunkten schwierig, sollte aber nicht vernachlässigt werden.

Herr Otto teilt die Auffassung seines Vorredners.

Herr Kirchhöfer weist darauf hin, dass die haushaltsmäßigen Folgen einer Ausweitung nicht übersehbar und nicht verantwortbar sind. Daher sollte eine Beschränkung auf den genannten Personenkreis erfolgen, zumal dieser auch auf Landesebene fest definiert ist.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt beschließt - aufgrund der besonderen landesseitigen Gewichtung - finanzielle Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeit nur an Inhaber der Jugendleiter/ Jugendleiterinnen-Card zu gewähren.

An den bisherigen beschlossenen Vergünstigungen für die Bereiche

- Bücherei
- Bäder
- Siegerlandmuseum / Ausstellungsforum Haus Oranienstraße

wird festgehalten.

Weitere Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten können durch die Stadt Siegen nicht gewährt werden.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimme Grüne), 0 Enthaltungen**

**7. Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach**

Vorlagenr. 1756/2002 - Vorlage vom 18.02.2002

Frau Höpfner-Diezemann führt aus, dass vor dem Hintergrund leicht ansteigender Schülerzahlen an den Hauptschulen die Erweiterungsbauten dringend erforderlich sind und einen Lückenschluss bei den Schulneubauten und -erweiterungen darstellen. Insgesamt verläuft die Entwicklung in diesem Bereich durch das Bauunterhaltungsprogramm 2001, die Schulpauschale 2002 sowie die Erweiterung der Realschule Am Hengsberg positiv und wird nunmehr auch vor Ort so wahrgenommen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die bauliche Erweiterung der Hauptschule Eiserfeld und der Hauptschule Achenbach in dem im Einzelnen in der Vorlage dargestellten Umfang. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2003 ff haushaltsverträglich (ohne Ausweitung der Netto-Neuverschuldung) zu veranschlagen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**8. Tageseinrichtungen für Kinder  
Bedarfsplanung 2000 - 2002**

Vorlagennr. 1816/2002 - Vorlage vom 05.03.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder in Siegen 2000 - 2002 als einen Baustein im Rahmen der Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, Erhebungen durchzuführen, die verlässliches Zahlenmaterial liefern, um auf dieser Grundlage spätestens in 2003/2004 über grobe Richtungsvorgaben befinden bzw. konkrete Entscheidungen treffen zu können.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**9. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der  
Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH  
zur Sitzung am 19. März 2002;  
hier:  
Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungs-  
gebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002**

**- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW -**

Vorlagennr. 1827/2002 - Vorlage vom 13.03.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 14.03.2002, gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 19. März 2002 zum Tagesordnungspunkt 4 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002" keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**10. Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB Siegen-Mitte;  
hier:  
Sachstand, Rahmenbedingungen  
Vertragsabschluss mit der VWS AG**

Vorlagenr. 1848/2002 - Vorlage vom 27.02.2002

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, so Herr Rothenpieler, dass der Vertrag klare Aussagen und Vorgaben enthalten und nicht u. a. mit einem Begleitschreiben versehen werden sollte, das Interpretationen zulässt. Daher wird beantragt, die den Ausschussmitgliedern schriftlich vorliegenden Änderungen vorzunehmen.

Für Herrn Boller hat die Fahrgastinformation oberste Priorität. Diesbezüglich befürwortet er den Verwaltungsvorschlag, nicht aber in den übrigen Punkte des Vertrages. Hinsichtlich des Busbereitstellungsplatzes vermisst er nach wie vor eine genaue Ermittlung der benötigten Plätze und kann die Forderung der VWS nicht nachvollziehen, dass die Plätze trotz Busdispositionssystem separat angefahren werden sollen. Vielmehr ist beim Einsatz des Systems die vorhandene Fläche unter der HTS völlig ausreichend bemessen. Die Inanspruchnahme weiteren Geländes ist nicht erforderlich, zumal dafür Gebäude abgerissen werden müssten.

Herr Brune verweist auf die langen Verhandlungen, die im Fall einer Zustimmung zu den Änderungsvorschlägen der CDU-Fraktion wieder aufgenommen werden müssen. Als schwierig stellt sich seines Erachtens die Deckelung der Betriebskosten dar. Zu Ziffer 2 des Vorschlages bittet er zu bedenken, dass eine Förderung in Höhe von 90 % der *förderfähigen* Kosten in Aussicht gestellt wurde. Diese Kosten sind nicht identisch mit den Gesamtkosten.

Herr Kirchhöfer befürchtet, dass die vorgeschlagenen Änderungen zu einer neuen Verhandlungsrunde und somit einer weiteren Zeitverzögerung führen könnten.

Herr Bürgermeister Stötzel sieht eine gute Position der Stadt Siegen gegenüber der VWS, wenn der Vorschlag der CDU-Fraktion konsensfähig sein sollte. Zielsetzung war und ist, klare Regelungen zu treffen, die möglichst jede Eventualität zu Lasten der Stadt ausschließen.

**Beschlussvorschlag (mit Ergänzung):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschluss des Vertrages zur Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB in Siegen-Mitte gemäß Anlage zur Vorlage mit folgenden Änderungen:

- Das Begleitschreiben zur Vorlage wird nicht Vertragsbestandteil und demzufolge nicht beschlossen.

- § 1 Abs. 4 wird wie folgt ergänzt:  
In der 5. Zeile wird nach dem Wort "üblichem Umfang" eingefügt: "(90 % für Los 1, 85 % für Los 2)".
- § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) die Überschrift lautet "Folgekosten"
  - b) Abs. 1 erhält folgende Neufassung:  
"Sämtliche Folgekosten des BDS trägt die VWS."
- Die im Vertragsentwurf genannten Kosten für die Errichtung des BDS werden auf 1,8 Mio. EUR festgeschrieben.
- Es wird ein neuer § 7 eingefügt mit folgendem Wortlaut:  
"Der Vertrag wird erst wirksam, wenn die Ausschreibungsergebnisse vorliegen und die vertraglich festgelegten Beträge eingehalten werden."
- Die Schiedsgerichtsklausel entfällt. Es gilt der ordentliche Rechtsweg.
- Die Verwaltung wird beauftragt, den Vertrag mit der VWS kurzfristig abzuschließen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimme Grüne),  
4 Enthaltungen (SPD)**

- 11. Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 "Gewerbegebiet Eiserntalstraße / Hüttenweiher" im Stadtteil Eiserfeld;  
hier:  
1. Auf § 31 GO NW wird hingewiesen  
2. Beschluss der Veränderungssperre gem. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung**

Vorlagennr. 1784/2002 - Vorlage vom 14.02.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 "Gewerbegebiet Eiserntalstraße / Hüttenweiher" laut Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**12. Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 / B 54 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte**

Vorlagenr. 1814/2002 - Vorlage vom 12.02.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen erteilt sein Einvernehmen zur Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte und zur Festsetzung des Endes der freien Strecke an der Einmündung der Freudenberger Straße in die Sandstraße.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich 2/1  
Bearbeitet von: Carina Stötzel

Datum  
26.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**10.04.2002**

---

Betreff:

**Verwendung von Recyclingpapier bei der Stadtverwaltung Siegen  
- Anregung gem. § 24 GO NW der Greenpeacegruppe Siegen vom  
28.02.2002**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Verwendung von Recyclingpapier in der Stadtverwaltung Siegen kontinuierlich zu steigern. Zu diesem Zwecke wird die Verwaltung beauftragt:

1. Den Anteil von Recyclingpapier bereits im Jahr 2002 von bisher 40% auf 60% zu erhöhen.
2. In der Folgezeit ist der Anteil von Recyclingpapier kontinuierlich zu steigern, soweit die Verwendung im Betrieb der PC-Drucker und Kopierer dies ermöglicht.
3. Die Verwendung von Frischfaserpapieren nur für repräsentative Schriftsätze und im Übrigen nur für solche Zwecke zu beschränken, bei denen aus technischen Gründen kein oder nur begrenzt Recyclingpapier eingesetzt werden kann.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss erklärt die Anregung damit für erledigt.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Greenpeacegruppe Siegen regt mit Schreiben vom 28.02.2002 an, verstärkt Recyclingpapier einzusetzen.

Die Stadtverwaltung Siegen ist sich ihrer Verantwortung im Rahmen des europäischen Klimabündnisses bewusst.

Unter diesem Gesichtspunkt ist sicherlich auch der Einsatz von Recyclingpapier zu sehen, denn Recyclingpapiere weisen gegenüber Papieren auf Frischfaserbasis erhebliche Umweltvorteile im Bereich der Abwasserbeseitigung, des Frischwasserverbrauchs, des Energieverbrauchs, der Abfallbeseitigung und der Schonung der Holzvorräte auf.

Leider haben die in der Vergangenheit bei der Stadtverwaltung Siegen eingesetzten Recyclingpapiere insbesondere im Bereich der PC-Drucker und der Kleinkopierer zu erhöhtem Service- und Kostenaufwand und zu Betriebsstörungen geführt, so dass derzeit der Anteil an Recyclingpapier im Bereich der Stadtverwaltung Siegen lediglich ca.40% und im Bereich der Siegener Schulen sogar nur 20% beträgt.

Neuere Recyclingpapiere weisen jedoch offensichtlich gegenüber Frischfaserpapieren keinerlei relevante Unterschiede in Bezug auf die manuelle und maschinelle Beschreibbarkeit mehr auf. Auch eignen sie sich in vergleichbarer Weise zum Drucken und Kopieren.

Die Stadtverwaltung Kreuztal, die bis auf ganz wenige Ausnahmen bereits seit längerem Recyclingpapier einsetzt, hat bestätigt, dass frühere Probleme bei Druckern und Kleinkopieren nicht mehr zu verzeichnen sind.

Aus diesem Grunde beabsichtigt auch die Stadtverwaltung Siegen die Verwendung von Recyclingpapier kontinuierlich zu steigern. Beabsichtigt ist zunächst, bereits im Jahr 2002 den Anteil auf 60% zu erhöhen. Sofern tatsächlich beim Betrieb der PC-Drucker und Kleinkopierer keine Störungen bzw. Kostensteigerungen durch erhöhten Druckerpatronen- bzw. Tonerverbrauch eintreten, soll der Anteil weiter erhöht werden.

Insbesondere von den Siegener Schulen sind die bekannten Probleme bei PC-Druckern und Kleinkopierern für eine Ablehnung von Recyclingpapier vorgebracht worden. Hier ist beabsichtigt, das bei der Stadt Kreuztal offensichtlich störungsfrei laufende Recyclingpapier für eine überschaubare Probephase für die Siegener Schulen zu beschaffen. Sofern sich der Einsatz der entsprechenden Papiersorte bewährt, stehen einer Verwendung von Recyclingpapier in den Siegener Schulen keine Hindernisse mehr entgegen.

Ihrem Vorbildcharakter wird die Stadtverwaltung Siegen sicherlich nur dann vollends gerecht, wenn auch der externe Schriftverkehr (Briefbögen) auf Recyclingpapier umgestellt wird. Briefumschläge und Versandtaschen werden bereits in Recyclingqualität angeschafft.

Der Einsatz von Papieren auf Frischfaserbasis sollte nur für repräsentative Schriftsätze und für solche Zwecke vorbehalten bleiben, bei denen aus technischen Gründen kein oder nur begrenzt Recyclingpapier eingesetzt werden kann.

Finanziell wirkt sich der Einsatz von Recyclingpapier kaum nachhaltig aus. Zurzeit liegt der Preis für Recyclingpapier mit ca. 1,00 €/je 1000 Blatt unter dem für Frischfaserpapier. Bei der für 2002 angestrebten Steigerung auf 60% würde dies eine Einsparung von ca. 1.408,61 € ausmachen. Allerdings ist die Preisentwicklung für Papier von vielen verschiedenen Faktoren abhängig und von daher gesehen nicht voraussehbar.

Es ist durchaus möglich - wie in der Vergangenheit bereits geschehen -, dass sich der Preisvorteil für Recyclingpapier ins Gegenteil kehrt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Anlagen: 0

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich Büro Bürgermeister  
Bearbeitet von: Hans-Jürgen Dorsch

Datum  
28.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>19.03.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>10.04.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>24.04.2002</b>

Betreff:

**Jugendleiter-/Jugendleiterinnen-Card (JuLeiCa)**  
**Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt - aufgrund der besonderen landesseitigen Gewichtung - finanzielle Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeit nur an Inhaber der Jugendleiter/Jugendleiterinnen-Card zu gewähren.

An den bisherigen beschlossenen Vergünstigungen für die Bereiche

- Bücherei
- Bäder
- Siegerlandmuseum / Ausstellungsforum Haus Oranienstraße

wird festgehalten.

Weitere Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten können durch die Stadt Siegen nicht gewährt werden.

## **Sachverhalt / Begründung:**

Die Einführung einer bundeseinheitlichen Jugendleiter/-innen-Card in Nordrhein-Westfalen ist durch Runderlass des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW vom 16.12.1999 - IV B 4 - 1207.14 - (Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen - Nr. 3 vom 20.01.2000) am 01.01.2000 in Kraft getreten.

Jugendleiterinnen und Jugendleiter üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus. Um ihnen eine amtliche Legitimation zu geben, wurde eine bundeseinheitliche Jugendleiter/-innen-Card im Form einer Scheckkarte eingeführt. Sie ersetzt den bisherigen Jugendgruppenleiter/-innen-Ausweis.

Die Card dient

- zur Legitimation gegenüber den Erziehungsberechtigten der Minderjährigen in der Jugendarbeit;
- zur Legitimation gegenüber staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, von denen Beratung und Hilfe gewünscht wird;
- zum Nachweis der Berechtigung für die Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen, die an die Funktion „Jugendleiterin“ und Jugendleiter“ oder ausdrücklich an diese Card anknüpfen können wie z. B. Erstattung von Verdienstausschuss, Fahrpreisermäßigungen, Gebührenfreiheit oder -ermäßigung für das Entleihen von Medien und Geräten bei den Bildstellen etc.

Mitarbeiter/-innen in der Jugendarbeit, die ehrenamtlich für einen Träger der freien oder der öffentlichen Jugendhilfe tätig und mindestens 16 Jahre alt sind, können die JuLeiCa erhalten.

Der unterzeichnende Träger bestätigt mit seiner Unterschrift die Richtigkeit der Angaben und die Qualifikation der Jugendleiter/-in (Aus- bzw. Fortbildung in Rechts- und Versicherungsfragen, Erste Hilfe, pädagogische Qualifikation) d. h. es ist zum einen ein klar definierter Personenkreis, der die JuLeiCa erhalten kann (siehe sogenannte Qualifikationen) und zum anderen bestimmt der Verein, für wen er die JuLeiCa beantragt.

In der Stadt Siegen sind bis heute ca. 500 Jugendleitercard's (Stand Jan. 2002) ausgegeben worden. Sie verteilen sich auf alle Vereine und Verbände, so sind z. B. 13 JuLeiCa's an Mitarbeiter/-innen von Sportvereinen ausgegeben worden, 12 JuLeiCa's an Mitglieder der Jugendfeuerwehr. Die restlichen Card's sind an Gruppierungen wie Pfadfinder, CVJM, Ev. Jugend, Kath. Jugend, Jugendchöre, THW-Jugend etc. ausgegeben worden.

Bezogen auf Vergünstigungen für JuLeiCa-Inhaber/-innen im Bereich der Stadt Siegen ist auf die Beratung im JHA am 03.07.2001 einzugehen. In dieser Sitzung hat der JHA einstimmig folgende Empfehlung an den Rat ausgesprochen:

1. *Den Inhabern der Jugendleiter-Card wird bei folgenden Angeboten der Stadt Siegen eine einheitliche Ermäßigung von 25 % eingeräumt:*
  - *Kulturelle Veranstaltungen der Stadt Siegen (Theater, Konzerte, Unterhaltungsprogramme)*
  - *Eintritte für die Hallen-, Brause-, Wanne- und Freibäder*
  - *Eintritt in das Siegerlandmuseum*
  - *Besuch von VHS-Kursen.*

*Die Nutzung der Büchereien der Stadt Siegen ist für die Inhaber/innen der JuLeiCa kostenlos.*

*Die Inhaber/innen der JuLeiCa werden von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren nach der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Siegen (z. B. für Beglaubigungen, Bescheinigungen, Genehmigungen) befreit.*
2. *Die Ermäßigung sollte die jeweilige städtische Einrichtung nach Vorlage der JuLeiCa in der Regel unmittelbar gewähren.*  
*Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Erstattung der Einnahmeausfälle haushaltstechnisch erfolgen kann.*
3. *Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, umgehend die notwendigen Änderungen der entsprechenden Benutzungs- und Gebührenordnungen vorzulegen.*
4. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtjugendring Siegen mit Veranstaltern, Einzelhändlern und sonstigen Firmen weiter über Vergünstigungen für Inhaber/innen der JuLeiCa zu verhandeln und dem zuständigen Fachausschuss über die (Zwischen-)Ergebnisse Bericht zu erstatten.*
5. *Die Verwaltung wird beauftragt, auch für die bislang nicht berücksichtigte Gruppe ehrenamtlich Tätiger im Sozial- und Jugendbereich eine vergleichbare Regelung zu erarbeiten.*  
*Die Kosten sollten im Interesse der Haushaltstransparenz in einer eigenen Haushaltsstelle dargestellt werden.*

Die Empfehlung des JHA wurde durch Beschlussfassungen des Rates zu den Bereichen

- Bücherei
- Bäder
- Siegerlandmuseum / Ausstellungsforum Haus Oranienstraße

wie folgt konkretisiert:

- Für Inhaber/innen der JuLeiCa ist die Nutzung der Stadtbibliothek Siegen kostenlos.
- In den städtischen Hallen- und Freibädern soll zukünftig für Inhaber/innen der JuLeiCa der Tarif für Jugendliche (14 bis 18 Jahre) angewendet werden.
- Für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss und das Ausstellungsforum Haus Oranienstrasse werden die Inhaber/innen der JuLeiCa in die Entgeltkategorie Kinder/Jugendliche/Studenten aufgenommen.

Hingewiesen werden muss in diesem Zusammenhang darauf, dass eine „haus- halts- technische Erstattung“ gem. Ziffer 2 der Empfehlung des JHA von der Haushaltssystematik nicht abgedeckt wird. Ebenso dürfen keine Gebührenverstöße gegen Landesrecht beschlossen werden. Die Abänderung von Gebührensatzungen für JuLeiCa-Inhaber wird nicht befürwortet.

Weitere - über den Bereich der JuLeiCa-Inhaber/-innen hinausgehende - Vergünstigungen können seitens der Stadt Siegen nicht gewährt werden. Hinsichtlich zusätzlicher, nicht kommunaler Vergünstigungen für JuLeiCa-Inhaber/-innen in NRW wird auf die vergünstigte Bahn-Card verwiesen. Ein entsprechender Erlass des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NW vom 26.06.2001 ist zur Kenntnis beigefügt.

Darüber hinaus erhalten Inhaber/innen der JuLeiCa aufgrund eines gemeinsamen Projektes des Landesjugendring NRW und des Multiplex Dachverband Cineropa e.V. ab Februar 2002 freien Eintritt im Siegener CineStar. Der Presseartikel aus der Westfalenpost vom 27.02.2002 ist ebenfalls zur Kenntnis beigefügt.

Schätzungen zu den ehrenamtlich tätigen Personen im Stadtgebiet gehen von 20.000 bis 30.000 Menschen aus. Für diese unterschiedlichsten Personengruppen und Tätigkeitsfelder Vergünstigungen selektiv vorzuschlagen bzw. inzident abzulehnen erscheint auf kommunaler Ebene kaum möglich sowie finanziell nicht darstellbar. Hierzu ist ein entsprechendes Landes- oder Bundesinteresse wie an der JuLeiCa-Regelung nicht festzustellen. Darüber hinaus würden erhebliche Einnahmeausfälle bzw. Kosten anfallen, welche auch mit dem Prüfraster zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten nicht in Einklang zu bringen wären, wobei damit in keinem Falle eine kommunale Bewertung der vor Ort erbrachten ehrenamtlichen Leistung verbunden ist. Gerechte und allseitig nachvollziehbare Kriterien für eine kommunale Auswahl von bevorzugten Personenkreisen sind nicht annähernd aufzustellen.

Insofern kann auch dem Ansinnen der kostenlosen Nutzung der Hallen- und Freibäder der Stadt Siegen durch die ehrenamtlichen Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr Siegen (Antrag im FschA am 27.08.2001) nicht gefolgt werden. Gleiches muss auch für die Ziffer 5 der Empfehlung des JHA gelten. Vergünstigungen für ehrenamtlich tätige Personen im Sozial- und Jugendbereich, welche nicht JuLeiCa-Inhaber sind, können dem Rat nicht zur Beschlussfassung vorgeschlagen werden.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass derzeit Gespräche zur Einrichtung eines „Büros für freiwilliges Engagement“ unter Federführung der Agenda AG „Alter @ktiv“ und Einbindung der Sozialverbände geführt werden. Im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsvertrages zwischen der Arbeitsgruppe ALTERaktiv und der Universität-GH Siegen, welcher mit einem Landeszuschuss unterstützt wurde, haben Umfragen zum Ehrenamt ergeben, dass eine erhebliche Anzahl von Personen neue Perspektiven suchen und bereit sind, das soziale Zusammenleben auf der kommunalen Ebene mitzugestalten. Dabei wurde seitens der betroffenen Ehrenamtler Betreuung und Beratung höher eingestuft als direkte finanzielle Vergünstigungen. Das „Büro für freiwilliges Engagement“ soll Menschen aller Altersstufen ansprechen und interessierten Menschen die Möglichkeit geben, sich in Beratungsgesprächen gemäß ihren eigenen Interessen über Engagementmöglichkeiten zu informieren und geeignete Bereiche zu entdecken. Darüber hinaus soll das Büro in Zusammenarbeit mit denjenigen Organisationen, welche eine Nachfrage nach freiwilligen Mitarbeiter/innen haben, Informationen über Engagement-Felder innerhalb der Stadt Siegen sammeln, diese aufbereiten und den interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich machen.

Neben der Beratung und Information soll eine solche „Freiwilligenagentur“ als ein Ort fungieren, an dem für freiwilliges Engagement geworben wird. Dies könnte von Informationsveranstaltungen bis hin zu selbst initiierten Projekten reichen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 3

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich 4/1  
Bearbeitet von: Herbert Keßler

Datum  
18. Februar 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Schul- und Bildungswesen</b>	<b>21.03.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>10.04.2002</b>
<b>Bezirksausschuss VI-Eiserfeld</b>	<b>17.04.2002</b>
<b>Bezirksausschuss V - West</b>	<b>22.04.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>24.04.2002</b>

Betreff:

### **Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die bauliche Erweiterung der Hauptschule Eiserfeld und der Hauptschule Achenbach in dem im Einzelnen in der Vorlage dargestellten Umfang. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2003 ff haushaltsverträglich (ohne Ausweitung der Netto-Neuverschuldung) zu veranschlagen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Stadt Siegen unterhält sechs Hauptschulen:

- Hauptschule Achenbach (Stadtteil Achenbach)
- Albertus-Magnus-Schule (Stadtteil Siegen-Alt)
- Geschwister-Scholl-Schule (Stadtteil Geisweid)
- Haardter-Berg-Schule (Stadtteil Weidenau)
- Hauptschule Eiserfeld (Stadtteil Niederschelden)
- Winchenbachschule (Stadtteil Siegen-Alt).

## I. Prognose:

### Allgemeine Anmerkungen:

Eine zuverlässige Prognose über die Schülerzahlenentwicklung ist weiterhin problematisch. Wenngleich sich erste Erfahrungen wegen der Entwicklung des Elternwahlverhaltens bezüglich der Schulformempfehlung nach der vierten Klasse ergeben haben, sind hier Schülerzahlenentwicklungen feststellbar, die weder die Prognose des SEP bestätigen noch sich in der rein mathematischen neuen Prognose wiederfinden.

Der im Rahmen der Schulentwicklungsplanung 1998 - 2003 unterstellte **Rückgang** der Schülerzahlen im Hauptschulbereich **ist nicht eingetreten. Vielmehr ist eine kontinuierliche Schülerzahlensteigerung im Hauptschulbereich feststellbar.**

Der Vergleich Prognose zum Ist verdeutlicht dies:

***Ist-Schülerzahl im Schuljahr 1998/1999*** **= 1560**

Vergleich Prognose laut SEP 1998-2003 zum Ist:		
Schuljahr	Schülerzahlen <b>prognose</b> lt. SEP 1998-2003	IST-Schülerzahl
1999/2000	1579	1595
2000/2001	1571	1611
2001/2002	1596	1659

Dabei ist festzustellen, dass die Prognose bezüglich der Eingangsklasse 5 (Wechsel von Grund- zur Hauptschule) nur geringfügig von den tatsächlichen Anmeldezahlen abweicht, jedoch ein erheblich höherer Anteil der Schulformwechsel nach Klasse 5 und 6 zur Hauptschule eingetreten ist, als prognostiziert wurde.

Hinzu kommt eine erhebliche Steigerung bei der Hauptschule „Haardter Berg“ die ursächlich mit der Aufgabe der Anne-Frank-Schule in Netphen-Dreis-Tiefenbach erklärbar ist.

Die bisher erheblichen Wechsel zur Hauptschule innerhalb der Sekundarstufenlaufbahn I schlagen sich rechnerisch noch nicht in vollem Umfang in der neuen Prognose nieder. Es ist daher damit zu rechnen, dass auch diese Prognose nach oben zu korrigieren sein wird.

Zwar ist für die mittelfristige Planung zu beachten, dass die Gesamtzahl der Grundschülerinnen und Grundschüler rückläufig ist. Offensichtlich trifft diese rückläufige Grundschülerzahl entgegen der rechnerischen Aufteilung für den Hauptschulbereich nicht in diesem Umfang zu. Erklärung hierfür könnte sein, dass die Schülerzahlen bezogen auf diese Schulform nicht (bzw. nicht in diesem Umfang) rückläufig sind. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Schülerzahlen der Hauptschulen sich auf dem jetzigen Niveau einpendeln werden und damit deutlich über der Prognose der Schulentwicklungsplanung 1998 – 2003 liegen.

**Dies bedeutet aber auch, dass schulorganisatorische Maßnahmen zur Lösung der Raumprobleme an den bestehenden Schulen nicht greifen können und günstigs-tenfalls bei der Geschwister-Scholl-Schule der erwartete Rückgang der Schülerzahlen zur Lösung der Raumprobleme dieser Schule beitragen könnte.**

## **II. Erweiterungsbedarfe:**

### **Allgemeine Anmerkungen:**

Für Hauptschulen gilt als „Mindestgröße“ eine Zweizügigkeit. Dabei geht der Landesgesetzgeber davon aus, dass kleinere Hauptschulen kein geordnetes Schulangebot unterbreiten können und daher nur in begründeten Ausnahmefällen aufrecht erhalten werden dürfen. Diese landesgesetzliche Regelung resultiert auch und insbesondere mit Blick auf den zieldifferenten Unterricht in Klasse 10 (Hauptschulabschluss und Fachoberschulabschluss) aus einem bildungspolitischen Sachzwang.

Die aus Jahrgangsstufe 9 zu übernehmenden Schülerinnen und Schüler müssen zahlenmäßig die Bildung von zwei zieldifferenten Schulabschlüssen ermöglichen. Ein Wechsel der Schule in den Klassen 9 und 10 ist rechtlich unzulässig und auch pädagogisch nicht vertretbar.

Die Alternative einer einzügigen Hauptschule (z.B. durch Veränderung der Einzugsbereiche) ist daher nicht zu prüfen. Denkbar wäre nur die Komplettaufgabe eines Schulstandortes. Hierzu verweise ich auf die ausführliche Prüfung und Verneinung dieser Möglichkeit im Rahmen des Schulentwicklungsplanes 1998 bis 2003. Da gegenläufig zu den damaligen Prognosen die heutigen Schülerzahlen ein erheblich höheres Niveau aufweisen, kann eine erneute Darstellung der fehlenden Umsetzbarkeit entfallen. Im Übrigen ist darauf zu verweisen, dass selbst bei Außerachtlassung des Verbotes der Einzügigkeit keine Schule in der Lage wäre, die erforderliche Auffüllung der Klassen auf

rechnerisch 30 Schülerinnen und Schüler durchgängig durch alle Jahrgangsstufen sicher zu stellen, so dass innerhalb einer Schullaufbahn ein mehrfacher Wechsel der Schule durch die einzelnen Schülerinnen und Schüler erforderlich wäre. Dies ist rechtlich nicht zulässig und wäre auch pädagogisch nicht vertretbar. Alternativ bliebe die Erhöhung der Zügigkeit (mit entsprechendem Bauvolumen) bei einer Schule, um einen Standort aufzugeben.

Auf eine entsprechende Vergleichsberechnung der Baukosten wird verzichtet, da die in Frage kommenden Schulen „Achenbacher Schule“ und „Eiserfelder Schule“ in der Zusammenlegung bei den aktuellen Schülerzahlen mit Ausnahme von 3 Klassen zu einer 4zügigen Hauptschule würden und damit das Bauvolumen erheblich über den geplanten Erweiterungsbauten liegen würde. Auf die schulfachlichen Bedenken einer „Verschmelzung“ braucht daher nicht eingegangen werden.

**Es verbleibt letztlich bei dem bereits im Schulentwicklungsplan festgehaltenen Erweiterungsbedarfen für die Hauptschulen Achenbach und Eiserfeld.**

Der räumliche Ist-Zustand der einzelnen Hauptschulen ist unter dem Gesichtspunkt dieser Vorbemerkungen wie folgt zu bewerten:

### **Einzelschulische Bewertung:**

#### **Hauptschule Achenbach**

Wie bereits seit Schuljahr 1994/1995 (186 Schülerinnen und Schüler) werden die Schülerzahlen an der Hauptschule Achenbach im Prognosezeitraum weiter ansteigen und sich mittelfristig bei ca. 240 bis 260 Schülerinnen und Schülern einpendeln. Die Schule ist damit gefestigt zweizügig.

Diese Entwicklung dürfte Folge der Neubelegung der ehemaligen belgischen Liegenschaften sein.

Die zur Zeit vorhandenen Fehlflächen, insbesondere bei den Fachräumlichkeiten machen einen **kurzfristigen Erweiterungsbau unabdingbar notwendig**.

Nachdem die Bezirksregierung Arnsberg in ihrer Stellungnahme zum SEP im Juni 1998 bereits für die Hauptschule Achenbach (ebenso Geschwister-Scholl-Schule und Albertus-Magnus-Schule) die teilweise erheblichen Defizite im Bereich der Fachräume zur Bearbeitung angemahnt hat, sind hier die Möglichkeiten der Doppelnutzungen von Räumen durch die gestiegene Schülerzahl noch weiter eingeschränkt worden. Mittler-

weile müssen alle Klassenräume als solche genutzt werden. Ergänzend ist anzumerken, dass der Gemeindeunfallversicherungsverband die Bewertung der Schulverwaltung bezüglich des derzeit als Werkraum genutzten Raumes dergestalt konkretisiert hat, dass er eine solche Nutzung nur duldet, da von einer schnellen Aufgabe dieser Nutzung nach Umbau ausgegangen wird. Hieraus ergibt sich ein weiterer Verweis auf die Dringlichkeit der Baumaßnahme.

Für den Erweiterungsbau wurde aufgrund eines schon reduzierten Bedarfes (unter Raumprogrammempfehlungen liegend) ein Zuschussantrag bei der Bezirksregierung gestellt. Durch die Umstellung der Landesförderung auf Pauschalförderung wird der vorgesehene Bauumfang weiter reduziert. Das bisherige Raumprogramm, dass von 1.015 m<sup>2</sup> neu zu schaffenden Schulraum (darin enthalten 300 m<sup>2</sup> im Bestand = 715 m<sup>2</sup> neu) ausging, wird aufgrund des Wegfalls der Förderrichtlinien und –voraussetzungen nochmals reduziert auf nunmehr 630 m<sup>2</sup> zuzüglich Umbauarbeiten im Bestand.

Diese Reduzierung resultiert im Schwerpunkt auf Umplanungen im Verwaltungstrakt die eine Weiternutzung des hauswirtschaftlichen Bereiches durch Vergrößerung erreichen, einer Doppelnutzung des Raumes für textiles Gestalten mit Kunst sowie einigen internen Raumumnutzungen um im reduzierten Umfang (Kellergeschoß) Bibliothek anbieten zu können und den Verwaltungsbereich (fehlende Räume für Konrektor, Elternsprechzimmer, Erste-Hilfe- Raum, Schülermitverwaltung bzw. Streitschlichterzimmer) zu erweitern. Die Reduzierung wurde mit der Schulleitung abgesprochen.

Details der geplanten Erweiterung sind aus dem Raumprogramm (Anlage 3, Blatt 1) entnehmbar.

Eine Kostenschätzung auf dieser Basis ist beigelegt (Anlage 4, Blatt 2+3).

### **Hauptschule Eiserfeld**

Die Schule verzeichnet seit Beginn der neunziger Jahre, von Schwankungen abgesehen, rückläufige Schülerzahlen. Vom Schuljahr 1998/1999 bis zum Ende des Prognosezeitraumes bleiben die Schülerzahlen konstant, so dass die Schule auch mittelfristig zweizügig geführt wird.

In der Schulentwicklungsplanung wurde bereits festgeschrieben, dass ein ersatzloser Abriss des baulich abgängigen Pavillons einem geordneten Schulbetrieb entgegen steht.

Im Rahmen des Investitionscontrolling „Realschule Am Hengsberg“ wurde auch der Baubedarf der Hauptschule Eiserfeld geprüft und festgestellt. Der unter schulfachlicher

Sicht als Minimum noch zu vertretende Baubedarf wird mit 680 m<sup>2</sup> errechnet. Durch den Wegfall der Projektförderung des Landes im Schulbaubereich sind hiervon noch geringfügige Reduzierungen vertretbar. Diese beschränken sich jedoch auf eine Reduzierung des Bibliothekbereiches von 150 m<sup>2</sup> auf 75 m<sup>2</sup> und die Weiternutzung des im Mehrzweckraum errichteten Informatikraumes. Der durch diese Umnutzung nicht mehr bestehende Mehrzweckraum wird künftig ebenfalls im Wege von Doppelnutzung anderer Räumlichkeiten nicht in die Baunotwendigkeit aufgenommen. Der Bauumfang reduziert sich durch diese Veränderungen nochmals auf nunmehr 515 m<sup>2</sup> zuzüglich Umbauarbeiten im Bestand. Diese Reduzierung wurde mit der Schulleitung abgesprochen.

Auch für dieses Schulgebäude ist festzuhalten, dass der derzeit als Werkraum genutzte Raum nicht den Anforderungen des GUVV entspricht.

Details der geplanten Erweiterung sind aus dem Raumprogramm (Anlage 3, Blatt 2) entnehmbar.

Eine Kostenschätzung auf dieser Basis ist beigelegt (Anlage 4, Blatt 4).

### **Albertus-Magnus-Schule**

Trotz einiger Schwankungen steigt die Schülerzahl, wie bereits in den letzten Jahren, bis zum Ende des Prognosezeitraumes leicht an. Die Schule wird weitestgehend zweizügig (vereinzelt dreizügig) geführt werden. Das Raumprogramm der Albertus-Magnus-Schule ist ausreichend und entspricht im Wesentlichen den Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Sonderschulen. Einzelne Räumlichkeiten liegen z.T. erheblich unter den empfohlenen Größen der Raumprogrammempfehlungen. Das nicht vorhandene Forum kann bei Bedarf durch die Turnhalle kompensiert werden, die übrigen Fehlflächen werden durch Umnutzung/Mehrfachnutzung von Räumen aufgefangen. Nebenraumflächen sind nur gering vorhanden. Hier ist längerfristig mit einer durchgehenden Zweizügigkeit (ggf. Veränderungen der Einzugsgebiete zulasten der Winchenbach bzw. Haardter Berg Schule) Abhilfe zu schaffen.

### **Geschwister-Scholl-Schule**

Die Geschwister-Scholl-Schule verzeichnet seit dem Schuljahr 1996/1997 leicht sinkende Schülerzahlen; dieser Trend hält bis zum Ende des Prognosezeitraumes an, es

bleibt aber bei der Dreizügigkeit. Es bestehen erhebliche Fehlflächen bei den Nebenräumen. Darüber hinaus fehlt der Musik – und der Mehrzweckraum. Der unterrichtlich für Hauptschulen sehr wichtige Hauswirtschaftsbereich wird zur Zeit nur eingeschränkt in der benachbarten Realschule Am Schießberg angeboten. Mittelfristig wäre im Grundsatz ein Erweiterungsbedarf gegeben. Aufgrund der rückläufigen Schülerzahlenprognose sollte jedoch die nächste Auswertung der Schülerzahlenfortschreibung abgewartet werden um zu sehen, ob eine Umnutzung evtl. frei werdender Schulräume Erweiterungsbedarfe ersetzen kann.

### **Haardter-Berg-Schule**

Die Haardter-Berg-Schule verzeichnet von Beginn der neunziger Jahre bis zum Schuljahr 1994/1995 sinkende Schülerzahlen. Seit dem Schuljahr 1994/1995 war eine konstante Schülerzahl zu verzeichnen. Mit dem Schuljahr 2001/2002 ist eine erhebliche Steigung der Schülerzahl eingetreten, die sich in den Folgejahren fortsetzen wird.

Ursächlich für diese anhaltende Steigerung ab dem Schuljahr 2001/2002 ist im Schwerpunkt die Schließung der Anne-Frank-Schule in Netphen-Dreis-Tiefenbach (siehe auch Hinweis im SEP 1998-2003). Mit dieser Schließung hat sich faktisch der Einzugsbereich um Bereiche aus Weidenau und Dreis-Tiefenbach erweitert, so dass mittelfristig eine Veränderung der Schule von der Zweizügigkeit auf die Dreizügigkeit ergibt. Die Schule war in Ihrer Grundausslegung dreizügig. In der Vergangenheit wurden nicht benötigte Räumlichkeiten an die Gesamthochschule/Universität Siegen vermietet bzw. dem Vormittagsbereich des Weiterbildungskollegs (früher Abendrealschule/Abendgymnasium der Stadt Siegen) überlassen. Diese Mitnutzungen werden Zug um Zug entsprechend dem Bedarf der Haardter-Berg-Schule aufgegeben werden müssen. Erstmals wurden 2 Räume zum Schuljahresbeginn 2001/2002 aus der Vermietung an die Gesamthochschule/Universität Siegen heraus genommen.

### **Winchenbachschule**

Die Schule verzeichnet seit Beginn der neunziger Jahre bis zum Schuljahr 2000/2001 ein leichtes Absinken der Schülerzahlen, allerdings steigen ab dem Schuljahr 2002/2003 die Schülerzahlen wieder an.

Trotz zeitweiser Unterschreitung der durchgehenden Zweizügigkeit in den Eingangsklassen 5 und 6 (§ 16 a Absatz 1 und 2 SchOG) erfüllt die Schule die Voraussetzungen für einen geordneten Schulbetrieb.

Die Winchenbachschule hat freie Raumkapazitäten. Diese werden zur Zeit dem städt. Weiterbildungskolleg (Abendrealschule/Abendgymnasium) als Teillösung für die dort fehlenden Räumlichkeiten im Vormittagsbereich überlassen (vgl. SEP 1998 – 2003 ; Ausführungen zur Abendschule).

Mittelfristig ist eine Entlastung der Albertus-Magnus-Schule (siehe dortige Ausführungen) über einen Neuzuschnitt der Einzugsbereiche denkbar.

### **Fazit zu Erweiterungsbedarfen:**

Die **Erweiterungsbauten** für die Hauptschulen

- ☛ Achenbach und
- ☛ Eiserfeld

müssen kurzfristig begonnen werden. Die Planungen sollten aus Personalkapazitätsgründen im Hochbaubereich in 2002 mit dem Erweiterungsbau für die Hauptschule Eiserfeld begonnen werden und ein Baubeginn dort für 2003 vorgesehen werden. Aufgrund der komplexeren Planungsanforderungen für die Hauptschule Achenbach (Grundstückszuschnitt, Überbauungen und umfangreichere Umnutzungen innerhalb des Bestandes) ist hier ein Baubeginn in 2004 anzustreben.

Die Fehlflächen der

- ☛ Geschwister-Scholl-Schule und der
- ☛ Albertus-Magnus-Schule

sind nicht kurzfristig zu beheben. Hier ist zunächst die weitere Schülerzahlenentwicklung abzuwarten bzw. notfalls mit Veränderungen der Einzugsbereiche Abhilfe zu schaffen.

Die

- ☛ Haardter-Berg-Schule

wird mittelfristig Dreizügig und entsprechend ihrem Raumprogramm genutzt.

Die

- ☛ Winchenbachschule

hat auch mittelfristig leichte Freikapazitäten, die jedoch als „Puffer“ für vorhandene Bedarfe (Weiterbildungskolleg) bzw. entstehende Bedarfe (Veränderung der Einzugsbereiche zugunsten einer gleichmäßigen Auslastung) benötigt werden.

### **III. Veranschlagung und Finanzierung:**

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplans/Investitionsprogramms bedarfsgerecht anzumelden und entsprechend – bei Vermeidung einer Netto-Neuverschuldung- zu veranschlagen. Die Finanzierung erfolgt unter Anrechnung der „Investitionszuweisung nach GFG – Schulpauschale“.

Bei Verwendung der Schulpauschale für investive Ausgaben verringern sich zwangsläufig die Dispositionsmöglichkeiten bei der sachgerechten Verausgabung der Zuwendung für sonstige mögliche Zuwendungszwecke. So wird im Haushalt 2002 der überwiegende Teil der Schulpauschale dem Verwaltungshaushalt zugeführt und erhöht dort die Ausgabeansätze für die Schulbauunterhaltung. Diese Ausgabeermächtigungen müssten bei Veranschlagung der Schulbaumaßnahmen „Hauptschule Achenbach“ und Hauptschule Eiserfeld“ deutlich reduziert werden. Einzelheiten der Finanzierung müssen im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Haushalt/Investitionsprogramm festgelegt werden.

- Anlage 1: Zusammenstellung der Schülerzahlen der Hauptschulen nach Klassen und Jahrgangsstufen Schuljahr 2001/2002 und 2000/2001**
- Anlage 2: aktuelle Schülerzahlenprognosen und Raumprogramme je Hauptschule**
- Anlage 3: Raumprogramme der Hauptschulen Achenbach und Eiserfeld incl. Bauabsicht**
- Anlage 4: Kostenschätzungen**

## Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
4.017.000 Euro		4.017.000 Euro	Schulpauschale	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2003 ff	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit Baukosten: 2.041.000 Achen- bach 1.611.000 Eiser- feld Einrich- tung: 204.000 A- chenbach 161.000 Ei- serfeld	Haushaltsstelle Baukosten: 1.215.94... Ei- nrichtung: 1.215.935.
---	-----------------------------------	--	--	--

In Vertretung

gesehen:

Dr. Rohr  
StadtratUlf Stötzel  
Bürgermeister

Anlagen: 4

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich FBL 5  
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>19.03.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>10.04.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>24.04.2002</b>

---

Betreff:

**Tageseinrichtungen für Kinder**  
**Bedarfsplanung 2000 - 2002**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder in Siegen 2000 - 2002 als einen Baustein im Rahmen der Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich 3/1  
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Datum  
13. März 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**10.04.2002**

---

**Rat**

**24.04.2002**

---

Betreff:

**Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 19. März 2002;**

**hier: Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002**

**- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW -**

---

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Unterzeichner beschließen, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 19. März 2002 zum Tagesordnungspunkt 4 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002" keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

\_\_\_\_\_  
Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
Stadtverordnete(r)

2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom

\_\_\_\_\_  
**Sachverhalt / Begründung:**

Die vom Rat der Stadt Siegen vorgeschlagenen oder bestellten Mitglieder des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH unterliegen nach § 113 Abs. 1 GO NW im Innenverhältnis dem Weisungsrecht des Rates.

Die Tagesordnung für die Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH am 19. März 2002 sieht u. a. die

**Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im  
Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH  
ab 1. April 2002**

mit einer Senkung der Arbeitspreise vor.

Seit der letzten Neufestsetzung der Erdgasabgabepreise zum 1. Oktober 2001 (Senkung der Arbeitspreise) sind die für die Bestimmung des Erdgasbezugspreises der SVB maßgeblichen Referenzölpreise von 32,51 Ct/l (1. Oktober 2001) auf nunmehr 31,04 Ct/l (ab 1. April 2002) gesunken.

Ursächlich für den weiteren Preiserückgang ist eine Rohölüberproduktion bei einer konjunkturbedingt rückläufigen Nachfrage.

Es ist daher beabsichtigt, die Arbeitspreise bei allen Tarifen und Sonderpreisen linear um

**0,1 Ct/kWh zu senken.**

Darüber hinaus ist eine Senkung des Arbeitspreises für die Versorgung mit Wärme um **0,16 Ct/kWh** und bei Warmwasser um **0,12 €/m<sup>3</sup>** vorgesehen.

Die Beratungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt der Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH sind als Anlage beigefügt.

<b>Begründung der Dringlichkeit</b>
-------------------------------------

Die Beratungsunterlagen zum v. g. Tagesordnungspunkt der Aufsichtsratssitzung sind bei der Verwaltung am 13. März 2002 eingegangen. Da bis zur Aufsichtsratssitzung am 19.03.2002 weder eine Sitzung des Rates der Stadt noch eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses stattfindet, ist eine Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Anlagen: 1

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4 und 3  
Fachbereich 9/2 und 6/1  
Bearbeitet von: Herrn Schlenther und Herrn Opitz

Datum  
27.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss nach § 61 GO 10.04.2002**

---

**Rat 24.04.2002**

---

Betreff:

**Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB Siegen-Mitte;  
hier: Sachstand, Rahmenbedingungen  
Vertragsabschluss mit der VWS AG**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschluss des Vertrages zur Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB in Siegen-Mitte gemäß Anlage.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 16.05.2001 die Verwaltung beauftragt, in Nachverhandlungen mit der VWS zu treten mit dem Ziel, dass die Stadt lediglich die Beschaffung und Installation sowie die Kosten des Busdispositionssystems (abzüglich Zuschüsse) übernimmt und dass der Betrieb und die weiteren Kosten von der VWS getragen werden.

Im Sinne dieser klaren Abgrenzung der Aufgaben zwischen Stadt und VWS wurden erneute Verhandlungen geführt.

### Gesetzliche Grundlagen des ÖPNV

Gemäß § 2 des Regionalisierungsgesetzes NW vom 07.03.1995 ist die Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV eine Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte sowie der mittleren und großen kreisangehörigen Städte, die ein eigenes ÖPNV-Unternehmen betreiben oder an einem solchen wesentlich beteiligt sind.

Im Ortsverkehr kann der Kreis gemäß § 4 des Gesetzes einer kreisangehörigen Gemeinde im Einvernehmen Aufgaben übertragen. Die Gemeinden können auch ohne Übertragung das ÖPNV-Angebot erweitern oder die Übertragung verlangen.

Aus der Aufgabenzuweisung ergibt sich grundsätzlich die Zuständigkeit des Kreises Siegen-Wittgenstein für alle organisatorischen Maßnahmen, die den ÖPNV betreffen, allerdings im Rahmen der freiwilligen Selbstverwaltung (§ 3 Regionalisierungsgesetz NW). Hierzu hat der Kreis durchgehend erklärt, dass er die mit dem ZOB verbundene Aufgabenerledigung auf die VWS übertragen habe und es Sache der Stadt sei, entsprechende vertragliche Vereinbarungen zu treffen.

Der Rat der Stadt hat am 08.10.1997 den Bau des Zentralen Omnibusbahnhofes und des Busbereitstellungsplatzes beschlossen. Das Konzept umfasst auch die Realisierung des dynamischen Busdispositionssystems als integralen und erforderlichen Bestandteil des neuen ZOB. Die Stadt hat mit dieser planerischen und technischen Festlegung eine räumliche Vorgabe zur Betriebsabwicklung des ÖPNV gemacht. Hieraus folgt, dass der Stadt für die erstmalige Herstellung des Gesamtprojektes die Handlungspflicht zukommt. Diese Handlungspflicht erfüllt die Stadt durch die Beschaffung des BDS.

#### Rahmenbedingungen

Entsprechend der Festlegung im Haupt- und Finanzausschuss vom 16.05.2001 konnte mit der VWS der Vertrag zum BDS in der Weise ausgehandelt werden, dass Verpflichtungen aus Betrieb und Unterhaltung des BDS von der VWS übernommen werden.

Das BDS wird ca. 1.790.000,00 € Kosten verursachen. Auf die förderfähigen Kosten wird ein Landeszuschuss von 90 % gewährt.

Der künftige BBP wird mind. 27 Buswartepplätze umfassen, davon 22 für die VWS. Der BBP dient auch den Bussen der BRS Busverkehr Ruhr-Sieg GmbH. Auf der Fläche soll auch das Sozialgebäude für die Einsatzfahrer der VWS integriert werden. Für die erforderliche Fläche wird zwischen der Stadt und der VWS ein Pachtvertrag abgeschlossen. Die VWS trägt die Kosten für Grundstück und Gebäude.

#### Zur Grundstückssituation

Busdispositionssystem und Busbereitstellungsplatz bilden die erwähnte Abhängigkeit. Von daher stehen die vertraglichen Regelungen zwischen der Stadt und der VWS unter dem Vorbehalt des Grunderwerbes durch die Stadt Siegen. Die Flächen des BBP befinden sich derzeit noch im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Die Verhandlungen zum Grunderwerb sind auf gutem Wege.

#### Normenkontrollverfahren zum Bebauungsplan Nr. 287 "An der Unterführung / Fischbacherbergstraße"

In der Verwaltungsvorlage vom 09.05.2001 war mitgeteilt worden, dass das Oberverwaltungsgericht NW voraussichtlich im September 2001 eine Entscheidung treffen wird. Zwischenzeitlich hat das OVG NW mitgeteilt, dass die Terminierung für Anfang Juni 2002 vorgesehen ist. Die Verwaltung hat alle verfahrensnotwendigen Schritte veranlasst.

## Erläuterungen zu den Vertragsregelungen

### Zur Präambel

Wie schon erwähnt, sieht der Vertrag die Errichtung von mind. 27 Buswarteplätzen auf dem BBP vor, davon 22 zugunsten der VWS. Das dynamische BDS bedient ZOB und BBP. Eine Erweiterung des BDS auf das "Kölner Tor" ist vorgesehen.

Weitere Bedingungen ergeben sich aus Ziff. 7 der Präambel.

### Zu § 1 - Anschaffung des BDS

Geregelt ist das erforderliche Abstimmungsverfahren zwischen der Stadt und der VWS.

Die Stadt schreibt das BDS aus, und zwar als Los 1 (Auftrag zur Errichtung und Wartung für die Zeit der Zweckbindung von 10 Jahren). Des Weiteren wird als Los 2 von der Stadt für die VWS und auf deren Kosten eine Leistungsbeschreibung zur Anpassung der Einrichtungen der VWS an das BDS erstellt. Die VWS ist Auftraggeber für Los 2. Der Hersteller bzw. Lieferant wird zu einem Probetrieb von 4 Monaten vor der Abnahme verpflichtet.

Wesentliche Vertragsgrundlage ist die Gewährung der öffentlichen Zuschüsse.

### Zu § 2 - Aufgaben der Stadt

Vorgesehen ist, dass die Stadt die Planung (Los 1 und Los 2) und Ersteinrichtung (nur Los 1) übernimmt sowie die Fördermittel beantragt und mit dem Zuschussgeber abwickelt.

### Zu § 3 - Aufgaben der VWS

Die VWS wird das BDS nach dem Probetrieb von 4 Monaten in ihr Eigentum übernehmen. In die Zuständigkeit der VWS fällt die Versorgung des BDS mit den erforderlichen Daten für den Betrieb des Systems.

Des Weiteren obliegt die Durchsetzung evtl. Gewährleistungsansprüche und der Abschluss der Nutzungsverträge mit den Drittnutzern der VWS.

### Zu § 4 - Betriebskosten

Die VWS übernimmt die laufenden Betriebskosten, den Aufwand für die Datenbearbeitung sowie den Fahrgastservice und erhöhten Wartungsaufwand für die Funksysteme.

### Zu § 5 - Laufzeit

Der Vertrag gilt für die Dauer der Zweckbindung des Zuwendungsbescheides (10 Jahre). Der Heimfall an die Stadt ist ausgeschlossen.

### Begleitschreiben der Stadt an die VWS

In den Verhandlungen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, dem eigentlichen Vertrag ein Begleitschreiben beizufügen, in dem die Stadt zu einzelnen Vertragsregelungen erläuternde Erklärungen abgibt. Diese Erklärungen beziehen sich auf folgende Vertragsteile :

- (1) Präambel, Ziff. 6:  
Die Stadt bestätigt der VWS, dass das BDS im vollautomatischen Betrieb gefahren wird (für den es auch ausgeschrieben wird). Die VWS hatte die Sorge, dass sie bei Störfällen oder Dateneingabe Dritter selbst die Behebung und manuelle Verarbeitung vornehmen müsse.
- (2) Zu § 1 Ziff. 1:  
Die Stadt nimmt zur Kenntnis, dass die VWS die Leistungsbeschreibung des BDS nur bedingt prüfen kann, stellt aber auch fest, dass zu den Möglichkeiten der VWS ggf. die Beschaffung der erforderlichen Fachkunde durch einen Dritten gehört.
- (3) Zu § 1 Ziff. 4:  
Die Stadt bestätigt, dass die Kostenübernahme durch die VWS für die Anschaffung und Ausrüstung stationärer und mobiler Einrichtungen (Los 2 - Auftraggeber und Kostenträger VWS) auf 15 % begrenzt ist. Dieser Betrag ist auskömmlich und stellt die Stadt von der Mitfinanzierung frei, indem Landeszuschüsse einfließen. Die Planungskosten für Los 2 trägt die VWS abzüglich Landesförderung. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die Restkosten durch Zuschüsse des Landes gedeckt sind.
- (4) Zu § 4 Ziff. 1:  
Die Stadt Siegen bestätigt, dass nach ihrer Berechnung die laufenden Betriebskosten max. 25.565,00 € jährlich betragen werden. Sofern dieser Wert um mehr als 50 % überschritten werden sollte, sind die VWS insoweit nicht zur Kostenübernahme verpflichtet. Dieser Kostenübernahmevertrag ist geprüft worden und stellt die Stadt von den genannten spezifischen Betriebskosten frei.

## Finanzielle Auswirkungen

☒ ja, später      ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
1.790.000,00 €	25.565,00 € Träger: VWS	200.000,00 € abzgl. Anteil VWS	1.590.000,00 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 700.000,00 € + VE 1 Mio. €	Haushaltsstelle 1.631.9555.0
--	-----------------------------------	-------------------------------	--	---------------------------------

## In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen: keine

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7/1  
Bearbeitet von: Ulrich Thümmeler

Datum  
14.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss VI-Eiserfeld</b>	<b>11.03.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>18.03.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>10.04.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>24.04.2002</b>

Betreff:

**Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 „Gewerbegebiet Eiserntalstraße / Hüttenweiher“ im Stadtteil Eiserfeld; hier:**

- 1. Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
- 2. Beschluss der Veränderungssperre gem. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 "Gewerbegebiet Eiserntalstraße / Hüttenweiher" laut Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

### **Sachverhalt / Begründung:**

...

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen: 2

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9/1  
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>18.03.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>10.04.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>24.04.2002</b>

Betreff:

**Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 / B 54 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen erteilt sein Einvernehmen zur Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte und zur Festsetzung des Endes der freien Strecke an der Einmündung der Freudenberger Straße in die Sandstraße.

### **Sachverhalt / Begründung:**

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: